

Stuttgart, 06.02.2013

***Das selektive Schulsystem überwinden:
Zur Umsetzung der Inklusion und des gemeinsamen
Lernens in Baden-Württemberg***

Das Netzwerk „In einer Schule gemeinsam lernen“ unterstützt die bildungspolitischen Vorhaben der Landesregierung, die ein sozial gerechtes, leistungsfähiges und inklusives Schulsystem zum Ziel haben. Dazu zählt insbesondere die Einführung der inklusiven Gemeinschaftsschule, die in Baden-Württemberg als bildungspolitischer Meilenstein bewertet werden kann.

Nach knapp zwei Jahren grün-roter Regierungszeit ist es aus Sicht des Netzwerks notwendig, die Wirkungen der bisherigen Bildungspolitik, ihre Inhalte, die Umsetzung und die Stringenz einer kritischen Prüfung zu unterziehen und Korrekturen einzufordern.

Ziel unserer Bewertung und der daraus resultierenden Vorschläge ist die Bestärkung der Landesregierung in ihrem Vorhaben, das selektive Schulsystem zu überwinden.

1. Gemeinschaftsschule

Die im Schuljahr 2012/13 eingeführte Schulart „Gemeinschaftsschule“ ist im Lande noch zu wenig bekannt. Die Landesregierung muss aktiv auf die Grundschulen, alle weiterführenden Schulen sowie auf Eltern und Schulträger zugehen, um sie vom enormen Potenzial der Gemeinschaftsschule zu überzeugen. Allein auf die Initiativen von Schulen und Schulträgern zu setzen reicht nicht aus und wird auch längerfristig nicht zur gewünschten Schullandschaft führen.

Die gegenwärtig zu beobachtende Auffächerung der Schularten und des Schulangebots in Baden-Württemberg widerspricht nicht nur dem Ziel, zu einem längeren gemeinsamen Lernen in einer Schule für alle zu gelangen, sondern verstärkt selektive Prozesse, statt sie abzubauen.

Die Landesregierung muss einen unterstützenden Rahmen vorgeben und eine klare Zielvorstellung darüber entwickeln, wie die Schullandschaft in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren aussehen soll und dies mit einer Strategie der Umsetzung verknüpfen. Die Gemeinschaftsschule als Schule der Vielfalt soll als Maßstab für alle Schulen dienen. Alle Reformmaßnahmen sollten sich von dem Grundsatz leiten lassen, dass der Gemeinschaftsschule als Schule der Vielfalt eine pädagogische Pionierfunktion im Umgang mit Heterogenität zukommt, einer Herausforderung, der sich alle Schulen zunehmend stellen müssen.

2. Regionale Schulentwicklung

Zurückgehende Schülerzahlen und ein verändertes Übergangsverhalten in die weiterführenden Schulen sind Entwicklungen, die sich seit vielen Jahren abgezeichnet haben und die von der Bildungspolitik ignoriert worden sind. Es zeigt sich, dass die Verteilung von immer weniger Schüler/innen auf immer mehr Wege zu Bildungsabschlüssen (Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschule, Gymnasien als G8 oder G9, Sonderschulen und berufliche Schulen) nicht in der Lage ist, ein wohnortnahes und zugleich leistungsfähiges Schulangebot zu sichern. Die Rückführung der Anzahl der Schulen und Schularten ist deshalb unabdingbar.

Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Kinder und Jugendliche individuell zu fördern und sie auf die für die Schüler/innen bestmöglichen Abschlüsse vorzubereiten. Die Eckpunkte einer regionalen Schulentwicklung müssen mit einer überregionalen Schulentwicklungsplanung verknüpft werden, in die alle Schulen und Schularten einzubeziehen sind.

3. Bildungsplanreform 2015

Die Durchlässigkeit der Schularten im gegliederten System sowie deren Zusammenführung in der Gemeinschaftsschule/in einer Schule für alle erfordern nicht nur strukturelle, sondern auch programmatische Neuorientierungen. Die jetzt begonnene Bildungsplanreform ist dabei von enormer Bedeutung. Das Netzwerk erwartet von der Landesregierung die Entwicklung eines gemeinsamen, schulartübergreifenden Bildungsplans, der mit differenzierten Curricula und Niveaus für die unterschiedlichen Lernwege und Abschlüsse aller allgemeinbildenden Schulen einschließlich der des Gymnasiums kombinierbar ist. Die Entwicklung abschlussbezogener Bildungsstandards korrespondiert überdies mit den Vereinbarungen der KMK.

4. Inklusion

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist auch in Baden-Württemberg umzusetzen. Immer mehr Eltern wünschen, dass ihre Kinder mit Förderbedarf an allgemeinbildenden, wohnortnahen Schulen lernen können. Das Netzwerk ist davon überzeugt, dass nur ein nicht-selektives Schulsystem ein inklusives sein kann. Hierarchische Gliederung und Inklusion sind unvereinbar.

Jetzt müssen dringend die gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen folgen (Ressourcenzuweisungen, Notenverordnung, Versetzungsordnung, usw.).

Die **LAG Gemeinsam Leben - gemeinsam lernen** hat einen umfassenden Vorschlag für einen Gesetzentwurf erarbeitet, den das Netzwerk grundsätzlich unterstützt.

5. Ressourcen

Die für den Aufbau der Gemeinschaftsschulen und für die Realisierung der Inklusion zur Verfügung gestellten oder vorgesehenen Ressourcen stellen den Erfolg dieser zentralen Reformprojekte in Frage und riskieren, an der Selbstüberforderung der beteiligten und betroffenen Lehrkräfte und Schulen zu scheitern. Dies gilt auch für die dringend gebotene

Erweiterung des Angebots an Ganztagschulen, der mit ihrem enormen Potential für die Ausdehnung von Lernzeit für gemeinsames Lernen und individuelle Förderung **aller** Kinder eine strategische Bedeutung zukommt.

Ganztagschulen können diesen Anspruch jedoch nur erfüllen, wenn sie eine personelle, sächliche und räumliche Ausstattung erhalten, die differenzierende und rhythmisierte Angebote ermöglichen und Schule zu einem Lern- und Lebensraum machen. Es liegt in erster Linie in der Verantwortung des Landes, die Mittel hierfür sicher zu stellen.

6. Strategie zur Umsetzung

Der Weg zum Ziel einer gemeinsamen Schule für alle Kinder ist lang. Er bedarf sorgfältiger Planung und eines vertrauensstiftenden Zusammenwirkens mit den betroffenen Akteuren. Solange das Ziel klar und unmissverständlich ist und der Zeitbedarf für die Reformprozesse überschaubar, kann es Zwischenschritte geben.

Das „Zwei-Säulen-Modell“ der Landesregierung mit der Gemeinschaftsschule und dem Gymnasium als allgemeinbildende Sekundarschulen sehen wir als möglichen Zwischenschritt.

Dabei sollte unbedingt klar herausgearbeitet werden, dass zwischen den beiden Säulen kein hierarchisches Verhältnis besteht, sondern dass auf unterschiedlichen Wegen alle Schulabschlüsse erlangt werden können. Dies erfordert eine inhaltliche und strukturelle Reform der Lehreraus- und -fortbildung.

Das Netzwerk sieht die Notwendigkeit, **allen** Schulen und Schularten umfassende Unterstützung in diesem anspruchsvollen und ehrgeizigen Reformprozess zukommen zu lassen.